

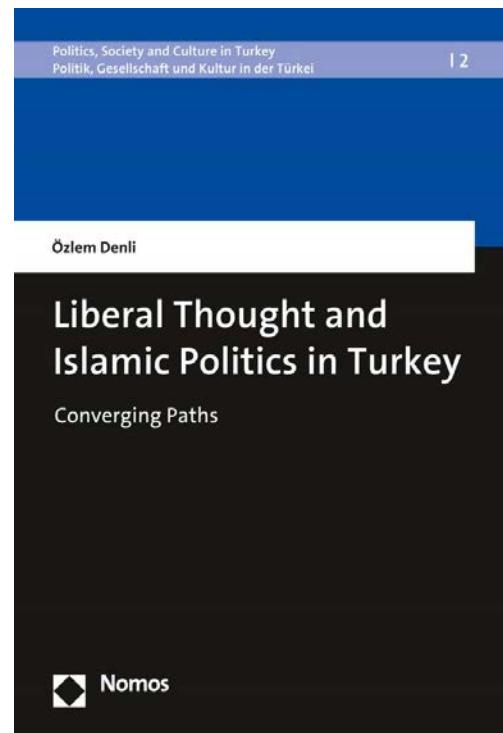


## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

### Özlem Denli: *Liberal Thought and Islamic Politics in Turkey. Converging Paths.*

Baden-Baden: Nomos, 2018 (= Politik, Gesellschaft und Kultur in der Türkei, Band 2), 224 S., ISBN: 978-3-8487-4941-6

Gerade in den zurückliegenden Jahren genießt die Türkei in Deutschland besondere, kritische Aufmerksamkeit. Das hat mit ihrer spezifischen Bedeutung für viele Bürger und Bewohner der Bundesrepublik zu tun, die türkische Wurzeln haben und sich diesem Land häufig – zumindest emotional – sehr nahe fühlen. Das liegt zudem an der strategischen Lage und Bedeutung des großen Staates zwischen Europa und Asien: als wichtiges und aktionsbereites Mitglied des NATO-Bündnisses, aber auch als – von Europa auserkorener – Wall gegen einen als unkontrollierbar empfundenen Strom von Asylsuchenden und Migranten aus den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Diesem Interesse an der Türkei steht eine – kaum minder große – Unkenntnis über die historische Entwicklung und die gegenwärtigen politischen und intellektuellen Strukturen der Türkei gegenüber. Die Gegenwart und der Blick zurück werden zudem durch die Person Recep Tayyip Erdoğans und sein bereits seit 17 Jahren andauerndes Herrschaftssystem verdunkelt – oder auch erhellt – je nach Gusto!



Es ist daher zu begrüßen, dass angesehene deutsche Verlage ihr Programmangebot auch für Publikationen zur intellektuellen und innenpolitischen Entwicklung der Türkei geöffnet haben. Die hier anzuzeigende Publikation ist ursprünglich eine an der Universität Oslo eingereichte, von dem deutschen, seit 2010 an der Universität Yale lehrenden Philosophen und Ethiker Thomas W. Pogge betreute Dissertation. Das 2015 abgeschlossene Dissertationsprojekt der Autorin, einer in Istanbul und Oslo ausgebildeten Politologin und Soziologin, trug den Titel „Liberalism and Islamism in Contemporary Turkey: ‘Internal Liberalization’ or Authoritarian Institutionalization?“ Seit 2018 lehrt die Autorin als Dozentin an der Fakultät für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften der Istanbuler Gedik Universität, einer kleinen, seit 2010 tätigen Stiftungsuniversität.

Die vorliegende Arbeit ist keine „konventionelle“ Dissertation nach deutschem akademischem Verständnis. Vielmehr handelt es sich um fünf eigenständige, allerdings durch das Rahmenthema (eher lose) verbundene, teils sogar bereits zuvor publizierte „Essays“ (mit jeweils separater Literaturliste), denen eine in Begrifflichkeit und Vorgeschichte der gegenwärtigen Türkei einführende „General Introduction“ vorangestellt ist. Diese eigenwillige Struktur evoziert vor allem eine grundlegende Schwäche der Arbeit: Bei der Kompilation der Essay-Kapitel wurde auf

eine gründliche inhaltliche Durchforstung verzichtet, was notwendig zu einer Vielzahl vermeidbarer Redundanzen führt. Zudem werden Aufbau und Sprachstil wissenschaftlicher Aufsätze beibehalten, was weitere, ermüdende Repetitionen nach sich zieht.

Wenn man Denlis Opus dennoch mit Gewinn liest, so ist das ihrer analytischen Befähigung, ihrer soliden Kenntnis der intellektuellen Debatten in der Türkei und der Forschungsliteratur sowie – nicht zuletzt – ihrer Zeitzeugenschaft zu verdanken, die es ihr gestattet, das geistige Profil der kemalistischen Türkei als auch das Einsickern diverser anti-kemalistischer Tendenzen – bis hin zum siegreichen Vordringen des Islamismus in Gestalt der Regierungspartei AKP – eindrücklich nachzuzeichnen. Wer allerdings, quasi durch den Titel verleitet, bei Denli en passant eine „Einführung in das liberale Denken in der Türkei“ erwartet oder gar eine Einordnung des türkischen Liberalismus in die großen Leitlinien des internationalen Liberalismus zu finden hofft, der wird enttäuscht werden: Denli interessiert der „transformative influence“ (S. 18) türkischer Liberaler, nicht jedoch deren geistige Prägungen oder gar intraliberalen Spezifika. Dass die liberalen Akteure grundlegend durch einen klassisch bis libertär zu nennenden Liberalismus US-amerikanischer, nicht aber europäischer Prägung geformt wurden, wird ebenso wenig problematisiert wie auch die entscheidende Frage, wie es einen türkischen „Liberalismus“ am Ende des 20. Jahrhunderts geben konnte, der offensichtlich so gar nichts mit den Erfahrungen europäischer Liberaler im 19. und 20. Jahrhundert anzufangen wusste. Auch ohne Sarkasmus lässt sich vermuten, dass das Interesse dieser türkischen Liberalen an den Erfahrungen europäischer Liberaler seit dem Beginn der Industriellen Revolution nicht sehr ausgeprägt gewesen ist. Ausbildung und Orientierung wurden allzu oft gerade da gesucht (und gefunden), wo viele türkische Landsleute traditionell eigentlich den „Teufel“ angesiedelt sehen: jenseits des Ozeans.

Im ersten Essay (S. 51–91) setzt sich Özlem Denli – unter der Überschrift „Liberal-Conservative Rapprochement“ – mit der Ideenwelt der sich im Laufe der 1980er Jahre formierenden, dem akademischen Milieu entstammenden „Gesellschaft für liberales Denken“ (türkisch: Liberal Düşünce Topluluğu/LDT) auseinander, die nach ihrer formalen Gründung 1992 seit 1996 ihr zentrales Publikationsorgan, die Zeitschrift „Liberal Düşünce“, herausgibt. LDT war über viele Jahre enger Partner der liberalen Friedrich-Naumann-Stiftung, von der sie sich aber 2016 distanzierte, weil sie glaubte, der deutschen Stiftung unzureichende Genugtuung über die Niederschlagung des Putsches vom 15. Juli 2016 vorhalten zu müssen.

Als ideologische Grundlagen der LDT sieht Denli vor allem die Befürwortung einer von jeglicher Staatsintervention freien Marktwirtschaft, den Primat individueller Freiheit und ein spezifisches Verständnis von Kultur und Religion als „privileged realms that have their own rhythms of continuity and change“ (S. 25). Nach Denli folgt das Gesellschaftsverständnis der LDT dem vom „Doyen der türkischen Soziologie“, Şerif Mardin, entwickelten Zentrum-Peripherie-Modell. Mardin sieht die Politik der modernen Türkei kontrolliert von einer (das „Zentrum“ bildenden) „Staatselite“ der hohen zivilen und militärischen Vertreter des Kemalismus, die geprägt sind von „the laicist-anticlerical, statist, and positivist outlook of Kemalism“. Diese Elite beherrschte den Rest der Gesellschaft, auch durch Putsche und vom Militär erlassene Verfassungen. Die „Peripherie“ ist im Gegensatz dazu die große Mehrheit der Gesellschaft, deren Leben und Denken weitgehend unverändert vom Islam geprägt ist, und die nur durch formale demokratische Schritte (Wahlen) Einfluss auf den politischen Prozess nehmen kann. Für die LDT rückt nun der politische Islam (in Gestalt der jungen, 2001 gegründeten Partei AKP) die legitimen Interessen der Mehrheit von der „Peripherie“ ins „Zentrum“. Ziel ist eine „post-Kemalist reconfiguration“ von Politik und Gesellschaft in der Türkei: Vom Top-down-Projekt sozialen und politischen Engineerings des Kemalismus mit autoritären Mitteln (Modernisierungsdiktatur) hin zu demokratischer Repräsentation der „Peripherie“, von der sich die türkischen LDT-Liberalen wahre Demokratisierung und Liberalisierung sowie ein Ende des verhassten Etatismus erhoffen.

Das zweite Kapitel/Essay (S. 93–131) ist der Auseinandersetzung der LDT mit der kemalistischen Praxis des Laizismus gewidmet. Die Analyse der LDT setzt an bei der unterstellten Absicht des kemalistischen Staates, den Islam – ausgehend von dessen grundlegender Unvereinbarkeit mit der modernen, säkularen Gesellschaft – „from the spheres of the institutional structure, politics, and civil society“ (S. 27) zu verdrängen („Thesis of Exclusion“). Die kemalistische Staatselite habe den angeblichen „Schutz der laizistischen Grundlagen der Republik“ (so, wie sie nach 1923 von Mustafa Kemal Atatürk geschaffen worden ist) als Vorwand genutzt, um einen etatistischen Status quo zu bewahren und die (demokratischen) Forderungen der „Peripherie“ zu delegitimieren. Der Laizismus sei so zur wesentlichen Stütze „for authoritarian policies of homogenization and social engineering“ geworden. Denli formuliert in diesem Kontext einen gravierenden Vorwurf gegen LDT: Man habe sich dort bewusst und systematisch jeglicher Analyse der Ideen und Ziele der islamistischen Bewegungen und Parteien der Türkei enthalten. Für Denli ist die Begründung evident: LDT habe das Bündnis der anti-etatistischen Kräfte nicht durch unzeitige Erwägungen über die (Nicht-)Kompatibilität von liberalen und islamistischen Zielen belasten wollen. Es galt, den gemeinsamen Erzfeind, den autoritären, etatistischen Kemalismus zu stellen – und zu besiegen!

Im dritten Kapitel (S. 133–165) befasst sich die Autorin mit der „Kopftuch“-Debatte in der modernen Türkei bis in die 1990er Jahre. Für Denli geht es im kemalistischen Modernisierungsprojekt um die grundlegende Veränderung des Status der Frau in der sehr traditionalistischen Gesellschaft der Türkei – hin zu Gleichberechtigung und Befreiung der Frau von den „Fesseln“ traditionell-islamischer Werte. Die „Entschleierung der Frau“ war das geplante Resultat eines „broader reformist, emancipatory enterprise“ (S. 29). Das Auftauchen des Kopftuchs just in den türkischen Universitäten seit den 1980er Jahren habe aus Sicht des Kemalismus daher das Scheitern der bis dahin gehegten Hoffnung und Überzeugung vom „withering away of veiling“ bedeutet. Das kemalistische System sei daraufhin von einem pädagogischen zu einem verbietend-strafenden Politikansatz übergegangen. Das Kopftuch-Tragen, das stets als residuale und ephemer Praxis aus der vorrepublikanischen Zeit perzipiert worden war, wurde nun als „politisch-islamistisch“ und als Ausdruck einer gegen die „säkularen Wurzeln“ der Republik gerichteten Anti-System-Agenda definiert – und sanktioniert.

Denli sieht die 1990er Jahre als eine historische Phase, in der zwar der türkische Islamismus tatsächlich von Einflüssen einer globalen islamistischen Radikalisierung erfasst worden sei, zugleich aber eine innere Differenzierung – Denli spricht von „hybrid theorizing“ – erfahren habe. Bis dahin habe man islamische Ideale von Gesellschaft, Institutionen und „way of life“ zumeist als Gegenmodell zum Westen und dessen Werten dargestellt. Das habe sich in der Folgezeit geändert: Ein kreativer intellektueller Prozess der Einbeziehung „nicht-islamischer Werte“ in ein neues Islam-Verständnis, u. a. durch innovative Neu-Interpretation islamischer Quellen, habe eingesetzt. Hier bleibt die Autorin dem Leser allerdings Belege für ihre These schuldig. Man geht sicher nicht fehl, wenn man hinter diesem (wissenschaftlichen) Mangel ganz konkrete und legitime Selbstschutz-Interessen der türkischen Staatsbürgerin Denli vermutet: Die Erwähnung neuer Wege des Islam-Verständnisses öffnet die Tür zu einem (Un-)Wort der türkischen Gegenwart, das der Leser in der gesamten Publikation jedoch vergebens sucht („Gülenisten“ oder „Nurculuklar“), und das jeden Autor in der Türkei heutzutage in gravierende Schwierigkeiten bringen kann.

So ist es dem „Helden“ von Denlis viertem Essay (S. 167–191) ergangen, der eine Neuinterpretation der sogenannten „Medina-Verfassung“ aus der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts vorgelegt hat: der türkische Soziologe und Publizist Ali Bulaç. Bulaç, einer der wichtigen intellektuellen Repräsentanten der Gülen-Bewegung in der Türkei, sitzt seit Juli 2016 unter dem Vorwurf der Beteiligung am Juli-Putsch und der aktiven Unterstützung der terroristischen FETÖ-Bewegung (so wird die Gülen-Bewegung in der Türkei heutzutage ausschließlich tituliert) in Untersuchungshaft und wartet auf den Ausgang des Gerichtsverfahrens, in dem die Staatsanwaltschaft die

Verhängung einer mehrfach lebenslänglichen Haftstrafe gegen ihn – wie gegen andere intellektuelle Vertreter der Gülen-Bewegung – fordert. All das bleibt bei Denli unerwähnt. Dass sie überhaupt die Aufnahme des Bulaç-Kapitels in der in Deutschland erfolgenden Drucklegung riskiert hat, muss unter den obwaltenden Umständen jedoch geradezu als „tollkühn“ bewertet werden.

Bulaç entwickelt – unter Neuinterpretation der in islamischen Kreisen höchst kontrovers bewerteten „Medina-Verfassung“ – ein alternatives Gesellschaftsmodell, das auf Vertragsbeziehungen rechtlich autonomer Gemeinschaften basiert, insofern ähnlich dem osmanischen Millet-System. Aber Bulaç propagiert eine auf freier Wahl beruhende Gruppenzugehörigkeit, die keine Privilegien für Muslime resp. die grundlegende Gleichheit aller Gemeinschaften vor der selbstgewählten Verfassungsordnung proklamiert. Denli sieht Bulaçs Konzept zwar als ungeeignet für die moderne Welt an, aber es bezeuge eine „partial internal secularization“ (S. 32) innerhalb des Islamismus. Sie sieht Bulaçs Konzept sogar als Versuch einer konstruktiven Neu-Lektüre der islamischen Quellen, um Vorstellungen von Pluralismus, Gleichheit und Vertragstheorie in den Islam einzubeziehen. Bulaç präsentiere die islamische Kritik am Kemalismus mit dem Ziel, die politische Autorität so zu organisieren, dass die Pluralität der Religionen und Weltanschauungen respektiert werde.

Das Schlusskapitel ist – unter der Überschrift „Transformation des türkischen Islamismus und die AKP“ (S. 193–224) ausschließlich den Wandlungen im Lager des türkischen Islamismus vorbehalten. Dessen politische Repräsentantin in den 1980er und 1990er Jahren, die Refah Partisi („Wohlfahrtspartei“/RP), die unter der Führung von Necmettin Erbakan 1995 erstmalig zur stärksten politischen Kraft des Landes aufstieg, habe dauerhaft die Forderungen einer neuen, sich im Zuge der marktwirtschaftlichen Öffnung der 1980er Jahre formierenden ökonomischen Elite im Islam nicht mit den Erwartungen der traditionellen Wählerklientel (kleine Kaufleute, Händler, Handwerker, die städtischen Armen) übereinbringen können. Denn letztere erwartete eine staatlich regulierte Ökonomie und Umverteilung, was den Interessen des jungen und ehrgeizigen islamischen Kapitals fundamental widersprochen habe. Auch der konfrontative Diskurs der RP geriet in die Kritik. Der partiinterne Konflikt wurde – über die 1998 staatsanwaltlich verfügte Auflösung der RP hinaus – in deren Nachfolgepartei getragen, der die kemalistische Justiz allerdings wiederum lediglich eine vierjährige Lebenszeit zubilligte. 2001 nun betritt – Spaltungsprodukt der „Tugendpartei“/FP – die AKP („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“) unter Führung des ehemaligen Oberbürgermeisters von Istanbul, Recep Tayyip Erdoğan, die politische Bühne.

Denli unterscheidet zwei Entwicklungsphasen der AKP. Die erste stellt sie unter das Motto „Building Alliances and Consolidation“. Von 2002 bis 2010/11 profiliert sich die AKP – besonders auch im westlichen Ausland – als islamisch-konservative und demokratische Reformkraft, die endlich Schluss macht mit der Entmündigung der türkischen Bürger und der Beschränkung der Demokratie durch die Staatseliten des Kemalismus. Dafür wird sie gefeiert – besonders auch von den Liberalen im Lande. In der Phase seit 2011 (man könnte hinzufügen: bis zum Verfassungsreferendum von 2017) versucht sich die AKP dann, Staat, Justizwesen, Sicherheitsorgane und Medien untertan zu machen („Reconfiguring the State“). Die Partei und insbesondere ihr umstrittener Führer zeigen, dass es nicht – wie zunächst beteuert und zugestandenermaßen durch einschlägige Aktivitäten unterstrichen – um „mehr Demokratie, Liberalisierung und Stärkung der Zivilgesellschaft“ geht, sondern darum, das Projekt der Islamisierung „von oben nach unten“ umzusetzen, die eigene Klientel ökonomisch zu bedienen und den Staat schlichtweg unter die Kontrolle der Partei zu bringen. Die von Denli so beschriebene Tendenz hat in den Jahren nach Fertigstellung ihrer Arbeit nichts mehr als eine faktische Bestätigung gefunden. Der schier unaufhaltsam erscheinende Abmarsch der Türkei in einen islamisch getönten Islamismus: Erst in diesen Tagen erscheinen Zweifel erlaubt, ob alle Blütenträume der über Jahre von Siegesgewissheit und Hybris nur so strotzenden Akteure reifen werden.

Und zum Schluss: Was bleibt von den Liberalen in der Türkei? Zumindest die, die sich über Jahre in liberalen intellektuellen Zirkeln bewegten und sich nicht satt genug sehen konnten am Niedergang des Kemalismus – sie haben auf der ganzen Linie versagt und sind für Jahre als politische Ratgeber verbrannt. Sie haben nicht verstanden, dass sie sich in ihrem Kampf für ein liberales, nicht religionsfeindliches Verständnis des Säkularismus mit denen gemein gemacht hatten, die „Religionsfreiheit“ nur so lange auf ihrer Agenda haben, bis sie festlegen können, welche Grundfreiheiten vom Staat zu schützen und vor allem zu missachten sind. Der verquere Liberalismus vieler türkischer Liberaler aber hat die Gefahr, die von neuen, anders gearteten Etatisten im demokratischen Schafspelz ausging und ausgeht, weder erkennen können noch wollen: Über Jahre noch wird dem türkischen Liberalismus die faktische Kapitulation vor dem Islamismus aufgrund seiner tief verwurzelten Staatsphobie und der Makel geistigen Handlangertums anhaften. Und das in einem Land, das nichts mehr braucht als individuelle Freiheit, Respekt vor dem Rechtsstaat, den säkularen Staat als Garanten der individuellen Religionsfreiheit, Überwindung des lähmenden und undemokratischen Zentralismus, ein offenes Bildungswesen und eine bunte und vielfältige Medienlandschaft. Die Türkei braucht liberales Denken. Aber dessen potentielle Repräsentanten müssen erst wieder mit einer neuen, unverbrauchten Generation heranwachsen.

Istanbul

Hans-Georg Fleck



ARCHIV DES  
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung  
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

